



English version following the German version

Beitrag und Fragen für die virtuell durchgeführte 23. ordentliche Hauptversammlung der thyssenkrupp AG am 04. Februar 2022

Paris/Florenz/Paderborn, 04.02.2022

Beitrag zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3: Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Damen und Herren des Vorstands und des Aufsichtsrats,

dieser Beitrag wird von der Bank für Kirche und Caritas eG, mit der Unterstützung der Fondazione Finanza Etica und Sanso Investment Solutions, alles Mitglieder der Investorenkoalition Shareholders for Change (SfC), vorgelegt.

Die Bank für Kirche und Caritas eG (BKC) ist eine katholische Kirchenbank mit Sitz in Paderborn. Als Gründungsmitglied gehören wir der europäischen institutionellen Investorengemeinschaft Shareholders for Change (SfC) an, die über 30 Milliarden Euro Assets under Management verantwortet. In dieser Funktion nehmen wir an der Hauptversammlung der thyssenkrupp AG teil.

Im Oktober 2020 führten wir gemeinsam mit dem SfC-Gründungsmitglied Fondazione Finanza Etica eine über die SfC hinausgehende Allianz institutioneller Investoren an, zu denen unter anderen die Steyler Ethik Bank und die Pax-Bank gehörten. Ziel der Investorenallianz ist es gewesen, mit Ihnen einen Dialog über Ihre Waffenexportpraxis an Staaten mit massiven Menschenrechtsverletzungen zu führen.

Obgleich wir einen konstruktiven und offenen Dialog mit Ihrem Unternehmen führen konnten, ist jedoch im Ergebnis Ihrerseits weder Einsicht noch Bereitschaft zu verzeichnen gewesen, unsere geäußerten menschenrechtlichen Bedenken und die damit verbundenen Risiken für die thyssenkrupp AG angemessen zu würdigen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Unser Hauptkritikpunkt war und ist, dass thyssenkrupp Marine Systems Rüstungsgüter auch an menschenrechtsverletzende Staaten exportiert. So wurden beispielsweise U-Boote und Fregatten an Länder wie die Türkei oder Ägypten verkauft. Diese Staaten werden von Autokraten regiert, in denen die Menschenrechte systematisch verletzt werden. Zudem sind die beiden genannten Staaten in völkerrechtswidrige Kriege verwickelt. Ihre Waffenexportpraxis ist nicht nur aus ethischen Gründen bedenklich, sondern auch aus betriebswirtschaftlicher Risikoperspektive für thyssenkrupp als kritisch einzustufen. Neben den vorhandenen Reputationsrisiken für das Unternehmen entstehen durch eine nicht ausreichende Berücksichtigung von Menschenrechtsrisiken bei Waffenexporten auch explizite finanzielle Risiken, beispielsweise aufgrund eventueller Rechtsklagen von Betroffenen oder durch Waffenexportbeschränkungen.



Grundlage unserer Argumentation sind die "UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte", deren Übernahme in die Gesetzgebung einer wachsenden Zahl von Ländern bei Verstößen die Rechts- und Prozessrisiken für Unternehmen erhöht. Diese UN-Leitprinzipien besagen unmissverständlich, dass ein Unternehmen sicherstellen muss, dass seine Produkte und Dienstleistungen keine Menschenrechtsverletzungen verursachen oder dazu beitragen. Dies gilt gemäß den UN-Leitprinzipien unabhängig davon, ob ein Staat in der Lage oder willens ist, die Einhaltung seiner eigenen Menschenrechtsverpflichtungen zu gewährleisten.¹

Die derzeitige Praxis von thyssenkrupp, bei seiner Entscheidung über einen Rüstungsexport nur die Genehmigung durch deutsche Behörden zugrunde zu legen, ist den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zufolge unzureichend. Ihre Verantwortung als Unternehmen zu prüfen und zu bewerten, ob Sie mit Ihren Produkten, Dienstleistungen und Aktivitäten indirekt zu Menschenrechtsverletzungen beitragen, besteht unabhängig von der Verantwortung des genehmigungspflichtigen Staates, dies zu tun. Darüber hinaus sind erteilte Rüstungsexportgenehmigungen, wie im Fall Ägyptens und der Türkei, die in völkerrechtswidrige Kriege verwickelt sind, ein Beleg dafür, dass die alleinige Berufung auf die Einschätzung der Menschenrechtssituation durch die Bundesregierung keine Sorgfaltspflicht darstellt, auf die sich thyssenkrupp bei seiner Entscheidung stützen kann.

Wir möchten noch einmal betonen, dass Ihre aktuelle Waffenexportpraxis nicht nur aus ethischen Gründen abzulehnen ist, sondern auch aufgrund der unzureichenden Bewertung von Menschenrechtsrisiken ebenfalls ein erhöhtes unternehmerisches Risiko für thyssenkrupp in sich birgt. Um die daraus entstehenden Reputations- und finanziellen Risiken angemessen bewerten und vermeiden zu können, fordern wir Sie auf, Ihre Waffenexportpraxis zu überdenken und zukünftig eine eigenständige menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung in Bezug auf Staaten anzuwenden. Dies bedingt zudem, dass Sie sich nicht länger auf Ihre bisherige Position berufen, dass alles, was aktuell rechtlich erlaubt und staatlicherseits genehmigt ist, keiner weiteren Risikobewertung bedarf und für Sie damit ethisch verantwortbar ist. Solch eine Haltung greift unter vielerlei Gesichtspunkten zu kurz.

¹ Im Wortlaut der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (deutsche Übersetzung):

II. A. 13. „Die Verantwortung, die Menschenrechte zu achten, erfordert, dass Wirtschaftsunternehmen: (b) bemüht sind, negative Auswirkungen auf die Menschenrechte zu verhüten oder zu mindern, die auf Grund einer Geschäftsbeziehung mit ihrer Geschäftstätigkeit, ihren Produkten oder Dienstleistungen unmittelbar verbunden sind, selbst wenn sie nicht zu diesen Auswirkungen beitragen.“

II. A. 11. „Wirtschaftsunternehmen sollten die Menschenrechte achten. Dies heißt, dass sie vermeiden sollten, die Menschenrechte Anderer zu beeinträchtigen, und dass sie nachteiligen menschenrechtlichen Auswirkungen, an denen sie beteiligt sind, begegnen sollten. *Kommentar:* Die Verantwortung, die Menschenrechte zu achten, ist ein globaler Standard für das von allen Wirtschaftsunternehmen erwartete Verhalten, wo immer sie ihre Geschäftstätigkeit ausüben. Sie besteht unabhängig von der Fähigkeit und/oder Bereitschaft der Staaten, ihre eigenen menschenrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen, und schmälert diese Verpflichtungen nicht. Sie geht über die Einhaltung nationaler Gesetze und Vorschriften zum Schutz der Menschenrechte hinaus.“

Quelle: Geschäftsstelle deutsches Global Compact Netzwerk (Hrsg., 2014): Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte; 2. Auflage, Berlin, abgerufen 07.01.2022: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/266624/b51c16faf1b3424d7efa060e8aaa8130/un-leitprinzipien-de-data.pdf>.



Ein anderer Bereich Ihrer Geschäftstätigkeit bereitet uns aus Nachhaltigkeits- und Risikoperspektive ebenfalls großes Unbehagen. thyssenkrupp hat laut eigener Website² über die Konzerneinheit thyssenkrupp Infrastructure mit insgesamt drei Vibrationseinheiten und über 2.600 Tonnen ASF Ankerpfählen „maßgeblich dazu beigetragen“, dass das Fundament des voraussichtlich ab 2023 ans Netz gehenden ersten Atomkraftwerks in Ruppur, Bangladesch gebaut werden konnte. Auf Ihrer Website wird dazu erläutert: „Der Hauptgrund für die Wahl Ruppurs ist die Lage am Fluss Padma, der das Kühlwasser für das geplante Kraftwerk liefern soll. Da es sich bei dem Flussland um eine Schwemmebene handelt, musste ein Unternehmen gefunden werden, das umfassende Erfahrung darin hat, im Sand zu bohren und die entsprechenden Vibratoren zur Verfügung stellen konnte.“

Neben der allgemeinen, immer bestehenden Gefahr eines Reaktorunfalls ergeben sich laut verschiedenen Medienberichten³ aufgrund der besonderen Lage des Atomkraftwerks am Fluss Padma weitere Risiken für Mensch und Umwelt. So nehme die Wassermenge des Padmas im Frühjahr bis um das 7-fache ab, sodass zur Kühlung des Reaktors Grundwasser entnommen werden müsse. Des Weiteren müssen mithilfe von Chemikalien und Bioziden Salze, Sand, Algen und Bakterien aus dem Flusswasser gefiltert werden. Daneben bestünden viele weitere Risiken für die Sicherheit und Gesundheit der in Reaktornähe wohnenden Menschen, die sich anhand der geografischen Lage des Atomkraftwerks begründen. Beispielsweise empfinden wir den Umstand der „Schwemmebene“, in der das Atomkraftwerk liegt, besonders beunruhigend. Denn diese werde vom angrenzenden Fluss Padma in der Regel ein bis zwei Mal im Jahr überschwemmt, was bei einem schweren Überflutungsfall zu einer nicht überschaubaren Katastrophe führen könne.

Insgesamt halten wir fest, dass Vorstand und Aufsichtsrat unserer Meinung nach bei den beiden dargestellten Geschäftstätigkeiten keine angemessene Beachtung von Risiken in Bezug auf Menschenrechtsverstöße und Auswirkungen auf Mensch und Umwelt sowie die sich daraus ergebenden Reputations- und finanziellen Risiken für thyssenkrupp vorgenommen haben.

Wir bitten Sie zu folgenden Fragen Stellung zu beziehen:

Fragen zu Rüstungsexporten:

1. Wie viel Prozent des Konzernumsatzes haben Sie im abgelaufenen Geschäftsjahr mit Rüstungsgütern erzielt und wie viel Prozent entfielen dabei auf Rüstungsexporte?
2. An welche Staaten außerhalb der EU haben Sie im abgelaufenen Geschäftsjahr Rüstungsgüter verkauft?
3. Haben Sie bereits konkrete Pläne, weitere Länder außerhalb der EU in den nächsten drei Jahren mit Rüstungsgütern zu beliefern? Wenn ja, welche?

² Quelle: <https://www.thyssenkrupp-infrastructure.com/de/referenzen/kernkraftwerk-bangladesch>, abgerufen 07.01.2022.

³ Quelle: z.B. <https://www.heise.de/tp/features/Atomland-Bangladesch-es-wird-ernst-6229253.html?seite=all>, <https://www.thethirdpole.net/en/energy/water-shortages-pose-risks-to-bangladeshs-first-nuclear-plant/>, <https://www.thedailystar.net/op-ed/challenge-rooppur-nuclear-power-plant-134587>, <https://climateandsecurity.org/2020/08/record-floods-threaten-nuclear-power-site-in-bangladesh/>, abgerufen 07.01.2022.



4. Laut Ihren Angaben während des Engagement-Dialogs werden Rüstungsumsätze ausschließlich in der thyssenkrupp Marine Systems GmbH erzielt. Wie sind Ihre zukünftigen Pläne für diese Konzerneinheit?
5. Besitzen Sie eine Richtlinie, die die Forschung, Entwicklung und Produktion von autonomen Waffensystemen verbietet? Wenn nein, warum nicht?
6. Werden Sie zukünftig bei Rüstungsexporten, über die Einhaltung der Grundsätze und Richtlinien der Bundesregierung für den Export von Rüstungsgütern und anderen gesetzlichen Vorgaben hinaus, eine eigenständige menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung gemäß den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte durchführen und in Ihre Entscheidungsprozesse systematisch integrieren?
7. Haben Sie mittlerweile eine konkrete Risikoanalyse durchgeführt, wie wahrscheinlich es ist, dass die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte in Deutschland rechtsverbindlich werden? Wenn ja, wie lautet das Ergebnis?
8. Werden Sie zukünftig auf Waffenexporte in Länder mit Menschenrechtsverletzungen und in kriegführende Staaten außerhalb der NATO verzichten?
9. Wie hoch schätzen Sie das finanzielle Risiko für thyssenkrupp ein, dass sich aus Rechtsklagen und Strafen bei Verstößen gegen die UN-Leitprinzipien durch Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende Staaten ergeben können, sofern diese rechtlich verbindlich werden?
10. Der weltgrößte Pensionsfonds, der Norwegische Pensionsfonds, der laut eigenen Angaben per 31.12.2020 1,9 % der Aktien von thyssenkrupp hält⁴, hat letztes Jahr beschlossen zukünftig keine Investitionen mehr in Unternehmen zu tätigen, die Waffen an kriegführende Staaten verkaufen und damit systematische Verstöße gegen das Völkerrecht begehen. Wie hoch schätzen Sie das Risiko ein, bei einer unveränderten Rüstungsexportpraxis von thyssenkrupp, finanzkräftige Nachhaltigkeitsinvestoren zu verlieren und damit womöglich Aktienkursrückgänge in Kauf zu nehmen?

Fragen zu Produkten und Dienstleistungen für Atomkraftwerke:

11. Würden Sie ein Atomkraftwerkprojekt wie in Ruppur mit dem heutigen Kenntnisstand erneut mit Produkten und Dienstleistungen versorgen?
12. Haben Sie aktuell Projekte/Aufträge im Zusammenhang mit Atomkraftwerken oder deren Erstellung beziehungsweise Planung?
13. Führen Sie vor der Auftragsannahme für Projekte im Bereich der Atomindustrie eine umwelt- und menschenrechtsbezogene Sorgfaltsprüfung durch?
14. Wie hoch schätzen Sie das finanzielle Risiko für thyssenkrupp ein, falls es bei dem Atomkraftwerksprojekt in Ruppur zu einem nuklearen Zwischenfall oder sonstigen Schäden allgemein kommt - und speziell im Fall, dass diese auf die erbrachten Leistungen von thyssenkrupp zurückzuführen sind?
15. Welche Risikovorsorge haben Sie für diese Fälle getroffen?
16. Werden Sie zukünftig auf die Lieferung von Produkten und Dienstleistungen für Atomkraftwerke und die Atomindustrie verzichten?

⁴ Quelle: <https://www.nbim.no/en/the-fund/investments/#/2020/investments/equities>, abgerufen 06.01.2022.



17. Als BKC haben wir bereits eine Nachhaltigkeitsratingagentur auf Ihre Involvierung in das Atomkraftwerk in Ruppur aufmerksam gemacht und werden dieses auch bei weiteren Nachhaltigkeitsratingagenturen ansprechen. Inwieweit berücksichtigen Sie bei Ihren Geschäftstätigkeiten die Auswirkungen auf ein Nachhaltigkeitsrating und die sich daraus ergebenden Implikationen für Nachhaltigkeitsinvestoren?

English version translated without claim to correctness from the original German version, without footnotes.

Speech and questions for the virtual 23rd Annual General Meeting of thyssenkrupp AG on 04 February 2022

Contribution to agenda items 2 and 3: Resolution on the discharge of the members of the Executive Board and the Supervisory Board

Ladies and Gentlemen of the Board of Directors and the Supervisory Board,

This contribution is submitted by Bank für Kirche und Caritas eG, with the support of Fondazione Finanza Etica and Sanso Investment Solutions, all members of the Shareholders for Change (SfC) investor coalition.

Bank für Kirche und Caritas eG (BKC) is a Catholic church bank based in Paderborn. As a founding member, we belong to the European institutional investor network Shareholders for Change (SfC), which has over 30 billion euros in assets under management. In this capacity, we participate in the Annual General Meeting of thyssenkrupp AG.

In October 2020, together with SfC founding member Fondazione Finanza Etica, we led an alliance of institutional investors beyond SfC, including Steyler Ethik Bank and Pax-Bank. The aim of the investor alliance has been to engage in dialogue with you about your arms export practices to states with massive human rights abuses.

Although we were able to engage in a constructive and open dialogue with your company, the result was that you showed neither insight nor willingness to adequately acknowledge our expressed human rights concerns and the associated risks for thyssenkrupp AG and to take appropriate measures.

Our main point of criticism was and is that thyssenkrupp Marine Systems also exports military equipment to states that violate human rights. For example, submarines and frigates were sold to countries such as Turkey or Egypt. These states are ruled by autocrats in which human rights are systematically violated. In addition, the two states mentioned are involved in wars that violate international law. Their arms export practices are not only questionable for ethical



reasons, but also critical for thyssenkrupp from a business risk perspective. In addition to the existing reputational risks for the company, insufficient consideration of human rights risks in arms exports also gives rise to explicit financial risks, for example due to possible legal actions by those affected or due to arms export restrictions.

Our argumentation is based on the "UN Guiding Principles on Business and Human Rights", whose adoption into the legislation of a growing number of countries increases the legal and litigation risks for companies in case of violations. These UN Guiding Principles state unequivocally that a company must ensure that its products and services do not cause or contribute to human rights violations. According to the UN Guiding Principles, this applies regardless of whether a state is able or willing to ensure compliance with its own human rights obligations.

According to the UN Guiding Principles on Business and Human Rights, thyssenkrupp's current practice of basing its decision on an arms export only on approval by German authorities is insufficient. Your responsibility as a company to check and assess whether you are indirectly contributing to human rights violations with your products, services and activities exists independently of the responsibility of the state requiring authorisation to do so. Furthermore, arms export licences granted, as in the case of Egypt and Turkey, which are involved in wars that violate international law, are evidence that relying solely on the German government's assessment of the human rights situation is not sufficient due diligence on which thyssenkrupp can base its decision.

We would like to emphasise once again that your current arms export practice is not only to be rejected on ethical grounds, but also entails an increased business risk for thyssenkrupp due to the inadequate assessment of human rights risks. In order to be able to adequately assess and avoid the resulting reputational and financial risks, we call on you to reconsider your arms export practice and to apply an independent human rights due diligence with regard to states in the future. This also requires that you no longer refer to your previous position that everything that is currently legally permitted and approved by the state does not require any further risk assessment and is therefore ethically responsible for you. Such a position falls short from many points of view.

Another area of your business activity also makes us very uncomfortable from a sustainability and risk perspective. According to your own website, thyssenkrupp, through the group unit thyssenkrupp Infrastructure, has "contributed significantly" with a total of three vibration units and over 2,600 tonnes of ASF anchor piles to the construction of the foundation of the first nuclear power plant in Ruppur, Bangladesh, which is expected to go online in 2023. Your website explains further: "The main reason for choosing Ruppur is its location on the Padma River, which will provide the cooling water for the proposed power plant. As the river land is an alluvial plain, it was necessary to find a company that had extensive experience in drilling in the sand and could provide the appropriate vibrators."

In addition to the general, ever-present danger of a reactor accident, there are other risks to people and the environment due to the special location of the nuclear power plant on the Padma River, according to various media reports. For example, the water volume of the Padma decreases by up to 7 times in spring, so that groundwater has to be extracted to cool the reactor. Furthermore, salts, sand, algae and bacteria have to be filtered out of the river water with the help of chemicals and biocides. In addition, there are many other risks to the safety and



health of people living near the reactor due to the geographical location of the nuclear power plant. For example, we are particularly concerned about the "alluvial plain" in which the nuclear power plant is located. This is because it is usually flooded once or twice a year by the adjacent Padma River, which could lead to an unmanageable disaster in the event of severe flooding.

Overall, we find that, in our opinion, the Executive Board and the Supervisory Board have not adequately considered risks related to human rights violations and impacts on people and the environment, as well as the resulting reputational and financial risks for thyssenkrupp in the two business activities described.

We ask you to take a position on the following questions:

Questions on arms exports:

1. What percentage of the group's turnover did you achieve with military equipment in the past financial year and what percentage of this was accounted for by military equipment exports?
2. To which countries outside the EU did you sell military equipment in the past financial year?
3. Do you already have concrete plans to supply other countries outside the EU with military equipment in the next three years? If yes, which ones?
4. According to your statements during the Engagement Dialogue, defence sales are generated exclusively in thyssenkrupp Marine Systems GmbH. What are your future plans for this group unit?
5. Do you have a policy prohibiting the research, development and production of autonomous weapon systems? If not, why not?
6. Will you in future conduct an independent human rights due diligence in accordance with the UN Guiding Principles on Business and Human Rights for arms exports, over and above compliance with the principles and guidelines of the Federal Government for the export of arms and other legal requirements, and systematically integrate this into your decision-making processes?
7. Have you meanwhile carried out a concrete risk analysis of how likely it is that the UN Guiding Principles on Business and Human Rights will become legally binding in Germany? If so, what is the result?
8. Will you refrain in future from arms exports to countries with human rights violations and to belligerent states outside NATO?
9. How high do you estimate the financial risk for thyssenkrupp that could result from legal actions and penalties for violations of the UN Guiding Principles through arms exports to states that violate human rights, if these become legally binding?
10. The world's largest pension fund, the Norwegian Pension Fund, which according to its own information holds 1.9% of the shares in thyssenkrupp as of 31 December 2020, decided last year not to make any more investments in companies that sell weapons to warring states and thus commit systematic violations of international law. How high do you estimate the risk of losing financially strong sustainability investors and thus possibly accepting a decline in the share price if thyssenkrupp's arms export practice remains unchanged?



Questions on products and services for nuclear power plants:

11. Would you supply a nuclear power plant project like the one in Ruppur with products and services again with the current state of knowledge?
12. Do you currently have projects/orders in connection with nuclear power plants or their construction or planning?
13. Do you conduct environmental and human rights due diligence before accepting contracts for projects in the nuclear industry?
14. How high do you estimate the financial risk for thyssenkrupp in the event of a nuclear incident or other damage in general at the nuclear power plant project in Ruppur - and specifically in the event that these are attributable to the services provided by thyssenkrupp?
15. What risk provisions have you made for such cases?
16. Will you refrain from supplying products and services to nuclear power plants and the nuclear industry in the future?
17. As BKC, we have already drawn the attention of a sustainability rating agency to your involvement in the nuclear power plant in Ruppur and will also raise this with other sustainability rating agencies. To what extent do you consider the impact on a sustainability rating and the resulting implications for sustainability investors in your business activities?